

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungssätze Nr. 1009 a, 9. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 160.

Mittwoch, den 12. Juli 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Reaktionäre Putsch und revolutionäre Taktik.

Wp. Seit einigen Jahren schon steht Europa im Zeichen einer schleppenden Reaktion, augenblicklich aber sehen wir in einer ganzen Reihe von Ländern die herrschenden Mächte reaktionäre Vorstöße führen, reaktionäre Putsche inszenieren, wie nie zuvor. In Belgien versucht die Regierung, das Wahlrecht der Industriearbeiter zu vernichten, in Italien unternimmt sie ein Attentat auf die verfassungsmäßige Press- und Versammlungsfreiheit, in Deutschland — die Buchhausvorlage, in dem kleinen Dänemark versucht ein propäthastisches Unternehmertum die Organisationen der Arbeiter zu erschaffen.

Es sind das Symptome der allgemeinen reaktionären Tendenz: die herrschende Klasse fühlt sich bedroht durch die normale Entwicklung; in blinder Wuth drängen ihre Organe die Dinge auf die Spitze, um die Herrschaft zu behaupten, die ihren Händen zu entgleiten droht; man spielt va banque, weil man fürchtet, bald nichts mehr zu verlieren zu haben.

Charakteristisch für die allgemeine Lage der Dinge ist dabei, daß, während die früheren reaktionären Vorstöße zusammenfielen mit einer wirtschaftlichen Depression, diesmal gerade der wirtschaftliche Aufschwung von einer Periode politischer Gewaltthaten der herrschenden Klassen begleitet wird. Das erklärt sich einfach: So lange noch die große kompakte Masse des Kleinbürgertums der ausschlaggebende politische Faktor war im politischen Leben, war es natürlich, daß in Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität auch der politische Himmel voller Geigen hing; dann hieß es, „leben und leben lassen“, man haute auf die Entwicklung, man verlangte gerade in solchen Zeiten „freie Bahn“, man wollte sich nicht durch eine stumpfsinnige Regierung schubriegeln lassen; man vertraute „auf die eigene Kraft.“ Erst wenn die wirtschaftliche Misere begann, überfiel die Angst die Kleinbürgerliche Herde; dann klammerte man sich gern an die Rockschöße einer wohlwollenden landesväterlichen Regierung, tief nach der wohlthätigen Polizei und war zu allen reaktionären Schandthaten bereit. — Heute ist das wesentlich anders geworden. Die Klasse, die tatsächlich die Herrschaft ausübt, das Großunternehmertum ist weniger zahlreich geworden, sie läßt sich nicht mehr von Herdeninstinkten leiten, sondern verleugnet niemals, weder in Zeiten des Aufschwunges noch der Depression ihren Raubthier-Instinkt, sie will stets die Situation ausnützen, bis auf den Grund, und die einzige Furcht, die sie kennt, ist die Furcht um ihre Existenz. Der wirtschaftliche Aufschwung ist da, aber man fühlt, daß es diesmal sich um Sein oder Nichtsein handelt; man trägt sich mit grandiosen Plänen — Welten sind zu erobern! — man möchte einen gewaltigen Raubzug unternehmen, der Weltmachtthätigkeit reizt, man träumt von Riesengewinnen, die eine Politik der „gepanzten Faust“ in fernen Ländern sichern soll. Aber die Plebs will die großen Pläne nicht verstehen! Die „begehrlichen Arbeiter“ machen ihre Forderungen geltend, wo man doch darauf angewiesen ist, auf dem Weltmarkte billig zu produzieren; die parlamentarische Kontrolle ist der Abenteuerpolitik, von der man sich so viel verspricht, lästig. Mehr noch, die inneren politischen Zustände entwickeln sich langsam aber stetig; das Proletariat macht in seiner politischen Machtentfaltung stetige Fortschritte; geht es so weiter, dann kann man mit nahezu mathematischer Sicherheit schließen, daß der Zeitpunkt kommt, in welchem die Herrschaft in die Hände dieser neuen Macht übergehen muß; es heißt, die Stellung behaupten, mag kommen was da will. — Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, daß der Typus des „liberalen Optimisten“, der noch an dem naiven Glauben aus den Kinderjahren der Bourgeoisie festhält, wonach diese die berufene Repräsentantin des Volkes ist, von der Bildfläche verschwindet und an seine Stelle der „Scharfmacher“ tritt. Seitdem sich der Widerstreit zwischen Proletariat und Bourgeoisie voll entwickelt hat, zum allgemeinen Bewußtsein gekommen ist und seitdem die unerbittlichen Thatfachen es bis zur Evidenz gezeigt haben, daß keine „sozialpolitischen“ Kunststücke über das Bestehen der unüberbrückbaren Kluft wegtäuschen können, weil eben dem Proletariat endlich die Augen aufgehen, ist es für

die Bourgeoisie klar, daß der ganze Land der „verfassungsmäßigen Zustände“ mit dem Parlamentarismus und was sonst noch drum und dran hängt, für sie von Uebel ist. Nichts wäre dieser herrschenden Klique heute lieber, als eine absolutistische Regierung, welche ihre Geschäfte mit „goldener“ Rücksichtslosigkeit besorgt, mit wilhem, ungestümen Draufgehermuth, unbekümmert um das, was kommen mag. — Zwischen dieser wenig zahlreichen, aber umso mächtigeren Klique einerseits und dem Proletariat andererseits eingeklemmt, verliert das Kleinbürgertum jeden Halt, jeden politischen Willen und daher jede politische Bedeutung. Heute begeistert es sich dummer Weise für Kolonialpolitik, für das Evangelium der „gepanzten Faust“, für den Militarismus, morgen wird es hochbeinig und will nichts von der Militär-Diktatur, von Ausnahme-Gesetzen, von Wahlrechtsverschlechterungen wissen, ohne zu bedenken, daß Beides zusammengehört wie Weisensstiel und Weisenschwur. Die brave „öffentliche Meinung“, die von den Zeitungsleuten, welche zum größten Theil eben diesem Kleinbürgertum angehören, gemacht wird, bietet denn auch einen possidlichen Anblick in unseren Tagen: ehrsüchtig ersterbend vor den Interessen der wirtschaftlichen Potentaten, durch überlieferte liberale Anschauungen beengt, von ebenso angestammter Furcht vor der Polizei angekränkt, weiß diese abgeheulte unglückselige Meinung nicht mehr recht, in welches Manufeld sie sich verziehen soll und schlägt die wunderbarsten Kopriolen auf dem Boden, der ihr unter den Füßen brennt.

Die Regierungen schließlich besorgen die Geschäfte der herrschenden Großbourgeoisie so gut sie können, aber sie stoßen alsbald auf die Schranken, die ihnen gezogen sind: einen entscheidenden Kampf gegen das Proletariat können sie nicht wagen, deshalb bleibt es bei fortwährenden reaktionären Putschen, die heute Europa in Aufregung halten.

Das klarste Beispiel liefert Belgien: Bis an die äußerste Grenze ging die Regierung in ihrer Bestrebung, das Proletariat mundtot zu machen; Blut mußte fließen, bis die Veranstalter des reaktionären Putsches einsahen, daß das heutige belgische Proletariat die Rechte, die es sich erkämpft hat, nicht ohne weiteres preisgeben wird. — In Frankreich hat noch rechtzeitig das Eingreifen der Sozialisten einen Putsch unmöglich gemacht; die Metine und Dupuy haben die Verbrechen des Militärklüngels gedeckt, bis die Arbeiter, der Gefahr inne werdend, welche ihnen aus der Vereinigung der Hautfinances, der Jesuiten und der Staatsfeindler des Heeres droht, eine entschlossene Haltung einnahmen. — In Italien ist der Versuch, das Volk heimtlich in aller Stille der Press- und Versammlungsfreiheit zu berauben, mißglückt und der Kampf muß offen ausgelämpft werden.

Und im lieben Deutschland? Seit Jahren hören die reaktionären Putsche und Versuche zu solchen nicht auf: Umsturzvorlage, Drohungen gegen das Wahlrecht, Drohungen gegen die Freizügigkeit, Rechteung der Presse, vermittelst des ambulanten Gerichtsstandes, von Klassenhaß beeinflusste Urtheilssprüche gegen die Arbeiter und zuguterleht die Buchhausvorlage; ganz zu schweigen von den kleinen Putschen, welche die Polizei Tag für Tag versucht, indem sie die Gesetze über Koalitionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit nach ihrer Art auslegt und handhabt. Aber auch in Deutschland hat die Reaktion jetzt die Schranken erkannt, an denen sie sich den Schädel einstoßen muß bei ihrem blinden Vorrennen, die Schranken, welche die Organisation der Arbeiter ihr steckt.

Welches aber muß die Taktik sein, welche das Proletariat gegenüber diesen reaktionären Anstürmen einschlägt? Es ist klar, daß es bei der alleinigen Abwehr eines veruchten Attentates, eines jeden revolutionären Aktes von Oben, nicht bleiben kann. Die Belgier haben mit bewunderungswürdigem Geschick die Konsequenzen gezogen: Die Regierung mußte zurückweichen, mußte das Scheitern ihres Attentates auf das Wahlrecht eingestehen; sie zieht die Vorlage zurück. Sofort erklärte die Sozialdemokratie, damit werde sie sich nicht zufriedengeben — sie verlangt die Ausdehnung des Wahlrechts, sie will ihren Sieg voll ausnützen. Das ist die einzig mögliche Taktik einer revolutionären Partei dem reaktionären Putschismus gegenüber. Dasselbe gilt von Deutschland: die Regierung ist mit einer fürchterlichen Blamage in die Feten gegangen, sie muß bei der nächsten Session der Umsturzvorlage sich einer neuen Forderung der Arbeiter gegenübersehen, der Forderung nach unbedingter Koalitionsfreiheit, nach aus-

gedehntem Arbeiterschutz! — Es ist ein militärischer Grundsatz, daß man einen Sieg durch schnelle Verfolgung des Gegners ausnützen muß. Das gilt auch im politischen Kampf: Die Reaktion holt sich bei ihren Putschen Niederlagen — wir haben diese Niederlagen auszunützen, zur Offensive überzugehen, immer und immer wieder vorzubringen, bis zum endgiltigen Siege.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Für die Schwärzung des Koalitionsrechtes legt sich auch die „National-Zeitung“ wieder eifrig ins Zeug. Besonders liegt dem Blatte daran, die Richtung ihrer eigenen Partei, welche gegen die Kommissionsberatung gestimmt hat, für eine freundlichere Haltung zu der Buchhausvorlage zu bestimmen. Die „National-Zeitung“ sucht darum nachzuweisen, daß sich mit den Grundbächen der Bismarck'schen Rede recht wohl die von ihm befürworteten Maßnahmen gegen den „Terrorismus“ vereinigen lassen. Und in diesem Zusammenhang spricht sich das nationalliberale Organ lebhaft dafür aus, daß doch ja bei der zweiten Session der Vorlage etwas zu Stande gebracht werden möge:

Bei einer genaueren Betrachtung würde sich unseres Erachtens ergeben, daß der § 1 mindestens Anlässe zu einer Bestimmung enthält, welche die meisten Arten des Terrorismus gegen Arbeitstätige treffen könnte; und so weit dies etwa nicht der Fall wäre, läme es daran, eine ausreichende Formulierung zu finden. Es würde sich fragen, ob bei derartigen Spezialgesetzgebung nicht eine etwas falsche Aufschätzung der Anschläge vorliegt, die man treffen will, vorzuziehen wäre der Neigung unserer Gesetzgebung, möglichst viel in einen abstrakten Satz hineinzupressen. Wie dem auch sein mag, wir möchten wiederholt darauf hinweisen, daß die Ablehnung einer Kommissionsberatung durchaus kein Hinderniß einer eingehenden Prüfung dieser Fragen der Ergänzung des § 159 der Gewerbeordnung in der zweiten Session im Herbst sein wird; sie kann ebenso gut, wie in einer Kommission, auch im Plenum erfolgen, vollends bei der schwachen Session, welche dieses Jahr gewöhnlich nur aufzuweisen hat.

Die Feinde der Arbeiterklasse sind unausgesetzt an der Arbeit, die Aussichten einer Einschränkung des Koalitionsrechtes zu verbessern. Das deutsche Volk wird dafür sorgen, daß ihre Pläne elend scheitern. Und besonders den Nationalliberalen von der Art der „National-Ztg.“, welche in dieser Lebensfrage der Arbeiterklasse ein listiges Spiel treiben, darf dies nicht vergessen werden.

Der Maurerstreik in Zwickau und die Polizei. Die Zwickauer Polizeibehörde, die sich anfangs dem Maurerstreik gegenüber völlig neutral verhielt, ist seit einigen Tagen aus ihrer Neutralität herausgetreten und stellt sich geradezu direkt auf Seiten der Unternehmer. Schupleute reden die mit der Bahn ankommenden Maurer an und stellen ihnen vor, Arbeit zu nehmen, da Arbeit genug vorhanden sei. Nicht genug damit, haben Schupleute — ob im Auftrage ihrer Behörde, ob aus eigener Entschliessung, wissen wir, sagt das „Sächs. Volksbl.“, dem wir hier folgen, nicht — ankommende Maurer mit zur Waage genommen, sie ausgefragt und sodann zum Bauherrn Geibel nach dem Deutschen Hof geleitet, wo ein Saalanbau der Maurer harret, die für 35 Pfennige und bei elfstündiger Arbeitszeit zu arbeiten gewillt sind. Weiter nimmt die Polizei Veranlassung, ankommende Maurer, die von den Streikposten der Maurer angenommen worden waren, hinterher auszufragen, was der Streikposten zu ihnen gesagt habe. Dem Maurer Heinze wurde mitgeteilt, daß er wegen Anspiegens von Maurern zur Anzeige gebracht worden sei. Noch schöner lauten zwei Strafverfügungen, die der als Streikwache auf dem Bahnhofe postierte Maurer Friedrich Richard Otto erhielt. In der Strafverfügung heißt es, daß er

am 3. d. M. Nachmittags am hiesigen Bahnhofe sich aufgestellt und zugereiste, ihm völlig fremde Bauarbeiter, also das Publikum (1), durch Hinweis auf den hier beendeten Maurerstreik zum Wiederabreisen zu bewegen gesucht, mithin (1) aber belästigt und dadurch groben Unfug verübt zu haben.

Die zwei Strafmandate im Gesamtbetrage von 30 Mark erhielt Otto wegen an einem und demselben Nachmittage angeblich begangenen Delikte, wahrscheinlich, weil Doppelanzeige erstattet worden ist. Des ferneren ist noch dem Maurerpolier Hermann Berger, der Streikposten angestiftet haben soll, und dem Maurer Benzel Wlocc ein ähnlich lautendes Strafmandat über je 15 Mark zugegangen. Unerhört bisher ist aber folgendes: Die Streikleitung hatte zwei

Maurern Eisenbahnfahrkarten gelöst, diese Bilets hat die Polizei den betreffenden Maurern weggenommen, so daß diese nicht abfahren und Arbeit nehmen sollten. Trotz der Reklamation des einen Maurers, Treuter, erhielt er seine Fahrkarten nicht zurück. Diese liegen noch auf der Polizeiwache. Eine solche Vereinnahmung der Polizei für die Bauunternehmerklasse und Eingriffe in die Privatverhältnisse von Unternehmer und Arbeiter ist wohl selten vorgekommen. Natürlich sind nicht nur die streikenden Maurer, sondern die gesamte Arbeiterschaft ist darüber mit Recht empört. Die ganze Angelegenheit aber ist ein fehlerhafter Beitrag zu dem Kapitel von der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Was sagt Graf Posadowsky dazu?

Ueber den Ausfall der Wahlen zur bayerischen Abgeordnetenversammlung, die Montag stattfanden, drachtet Wolffs Bureau: Im Wahlkreise München I, der bisher fünf liberale Abgeordnete hatte, siegte das Kompromiß zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum. In den Wahlkreisen München II und Nürnberg behaupten die Sozialdemokraten das Feld, in Fürth, das bisher liberal vertreten war, siegten die vereinigten Sozialdemokraten und Demokraten. Das Zentrum gewann bisher ein Mandat in Passau (früher Bayernbund), ein Mandat in Regensburg (bisher liberal) und wahrscheinlich zwei Mandate im Wahlkreise Weiden, der bisher durch einen konservativen und einen liberalen Abgeordneten vertreten war. — Uns ist von einem Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in München I nichts bekannt geworden. Demnach scheint das Wolffsche Telegramm in diesem Punkte unrichtig zu sein.

Die Friedenskonferenz wird ihre offizielle Schlußsitzung am 28. Juli abhalten. Aus Kopenhagen verlautet den Londoner „Daily News“ zufolge, daß der Rat von den armseligen Resultaten der Friedrichskongferenz sehr enttäuscht ist. Murawiew's Stellung sei schwer erschlittert.

Für die Agitation zu Gunsten der Buchhausvorlage muß ein „Großer Unbekannter“ eine reiche Spende zur Verfügung gestellt haben. Außer Flugblättern werden auch die Neben des Reichstanzlers und des Grafen Posadowsky zur Buchhausvorlage überandt, die als besondere Beilagen den Kreisblättern und anderen konservativen Provinzialzeitungen beigelegt worden sind. Sie stammen ebenso wie andere Flugchriften zu Gunsten der Buchhausvorlage aus dem Verlag der Pastor Hülleschen Schriften-Betriebsanstalt in Berlin. — Es ist Sache unserer Parteigenossen, dort, wo sie solche Blätter vorfinden, durch Aufklärung zu wirken. Ueberall muß der Ruf ertönen: Nieder mit der Buchhausvorlage!

Bei der jetzigen Diskussion über die Buchhausvorlage kann den Arbeitern nicht genug Voricht gegenüber unbeachteten Äußerungen anempfohlen werden. Das bewies wieder eine Verhandlung vor dem Elberfelder Landgericht, in der sich der Riemendreher August Maurer in Barmen wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten hatte. Unklüglich des Riemendreher-Streiks hatte er auf der Werkstätte zu einem seiner Kollegen in Beziehung auf die Buchhausvorlage sich zu einer den Kaiser beleidigenden Äußerung hinreißen lassen, was jedenfalls durch einen ihm feindlich gesinnten Kollegen zur Kenntnis der Anklagebehörde kam. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Der Werth der öffentlichen Kritik. Das Urtheil des Oberverwaltungsgerichtes in Sachen des Gemeindevorsteher's Schulze in Rahmiz war i. Rt. (24. Juni) den Beamten und Hülfbeamten der Danziger Eisenbahndirektion mit dem Hinweise zur Kenntnis gebracht worden, daß nach diesen Erwägungen des Oberverwaltungsgerichtes eine Begünstigung der „staatsfeindlichen“ Bestrebungen nicht nur in Ausübung bestimmter Handlungen, wie z. B. Anwendung von Geldmitteln, Agitation für Gewinnung von Anhängern, Ausübung des Stimmrechts bei Wahlen von öffentlichem Interesse zu Gunsten der Sozialdemokratie, sondern auch in bewußter Unterlassung der für Bekämpfung solcher Bestrebungen möglichen und naheliegenden Handlungen, insbesondere also auch im geeigneten Falle in Enthaltung der Ausübung des Wahlrechts gefunden und demgemäß geahndet werden kann und wird. Jetzt hat Präsident Thomé den auf die Wahlenthaltung bezüglichen Passus durch eine Bekanntmachung im Amtsblatte für den Eisenbahndirektionsbezirk Danzig zurückgenommen. — Dem Druck der öffentlichen Meinung konnte sich der sozialistischerische Eisenbahnpräsident also doch nicht entziehen; er hat sein ungesetzliches Verbot zurücknehmen müssen.

Erfolge des patriarchalischen Regiments. Vor der Strafkammer in Saarbrücken hatten sich dieser Tage 11 Angeklagte zu verantworten, die seit dem Jahre 1893 sich theils Unterdrückungen an Metall, meist Zinn, auf dem Stummchen Hüttenwerk zu Neunkirchen schuldig gemacht hatten, theils die Fehler spielten. Der dem Werk dadurch verursachte Schaden wird auf 18000 Mk. beziffert. Die Hauptbelasteten sind der Schmied Wil. Dillwing zu Neunkirchen, der 2 Jahre Buchhaus, der Althändler Wilh. Weiler zu St. Ingbert, der 1 Jahr 4 Monate Buchhaus, der Hingießer Karl Albert de Giusi zu St. Webel, der 1 Jahr Buchhaus, und der Hüttenarbeiter Joh. Blau zu Neunkirchen, der 2 Jahre Gefängnis erhielt. Drei Angeklagte wurden zu 7, 5 und 2 Monaten Gefängnis verurtheilt, gegen einen mußte das Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden, drei Angeklagte erlangten Freisprechung.

Es ist Wech für Herrn v. Stumm, daß ein Theil seiner so wohl erzogenen Leute, die stets arbeitswillig sind, niemanden terrorisieren, auf Befehl heirathen und ledig bleiben, kein aufrührerisches Blatt lesen, nebenbei stehlen und hehlen.

Die ungünstige Lage, in der sich größtentheils die Kleinhändler mit Lebensmitteln befinden, bleibt seit Jahr und Tag vielfache Gelegenheit zu Erörterungen in der Presse, wie in den Handelsverbindungen. Man streitet über die Ursache und geht in den Ansichten über die Mittel zur Besserung auseinander. Mag die ungünstige Lage auch zum Theil auf Verschiebungen in der Art der Versorgung des Publikums mit Lebensmitteln zurückzuführen sein, schwere Miskstände sind auch jedenfalls in dem Kleinhandelsstande selbst zu suchen, wo zahlreiche Existenzen auf Kredit hin ohne genügende Sachkenntniß Geschäfte beglaubten und nicht zu Ehren ihres Standes führen. Ganz gewiß herrscht eine außerordentliche Ueberfüllung des Standes — zum Schaden des soliden Kleinhandels. Je schwieriger die Feststellung der Ursachen der schlechten Lage, um so vorsichtiger sollte die Auswahl der Mittel zur Besserung sein. Es hat, wie die „Deutsche Genossenschafts-Correspondenz“ schreibt, nun zum „Schutze des Kleinhandels“ die Handelskammer zu Halle a. S. an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in welcher die steuerliche Gleichstellung der Konsumvereine mit den Gewerbetreibenden, sowie das Verbot der Dividendenzahlung für die Konsumvereine gefordert wird. Die Handelskammer empfiehlt in letzter Beziehung ein gefährliches Mittel, denn die Durchführung der zweiten Forderung, des Dividendenverbots, würde für den Kleinhandel keineswegs zum Nutzen ausfallen. Einmal würden die Konsumvereine gezwungen, billiger als bisher, unter den Tagespreisen, also billiger wie die Händler am Ort, zu verkaufen, wodurch sie noch weit mehr Mitglieder heranziehen und jedenfalls den Händlern die allerschwerste Konkurrenz bereiten würden, und sodann würde ja mit der zu vertheilenden Dividende auch der größte Theil des Ertrags, das Steuerobjekt für die Gewerbe- und Einkommensteuer fortfallen. Eine solche Wirkung beabsichtigt natürlich die Handelskammer in Halle nicht, sie würde aber sicher eintreten. Die schädliche Wirkung bezüglich des Sparstums der Mitglieder, der bisher durch die Dividendenzahlung sehr gefördert wurde, sowie die rechtliche Unzulässigkeit eines solchen Dividendenverbots, das einen tiefen Eingriff in das privatrechtliche Leben bedeuten würde, möge hier nur angedeutet werden.

Die Handelskammer zu Halle geht aber auch mit den Vorschlägen für Besteuerung der Konsumvereine von falschen Voraussetzungen aus. Die Konsumvereine sind durch die preussischen Steuergesetze vom 24. Juni 1891 der Gewerbesteuer bereits unterworfen, denn die für die Steuerbefreiung der Genossenschaften gegebenen Bestimmungen treffen auf die Konsumvereine nicht zu. Die Konsumvereine zahlen sogar in der Regel verhältnismäßig höhere Gewerbesteuern, als die Gewerbetreibenden, da sie ihre Ertrags- und Vermögensverhältnisse jährlich der Steuerbehörde klar zu legen haben, was bei den Gewerbetreibenden nicht der Fall ist. Auch zur Einkommensteuer werden die eingetragenen Konsumvereine, oder solche mit den Rechten der juristischen Person, herangezogen, wenn sie einen offenen Laden besitzen. Von 636 bestehenden Konsumvereinen Preußens waren am 31. März 1899 nur 44 nicht eingetragene, und etwa nur 10 kleinere Vereine hatten, soweit bekannt, den offenen Laden abgeschafft. Sonach sind die Konsumvereine in Preußen in weit überwiegender Zahl einkommensteuerpflichtig, sofern sie einen einkommensteuerpflichtigen Ertrag — Untergrünze 900 Mk. — erzielen. Die Einkommensteuer bedeutet aber auch für die Konsumvereine nicht die steuerliche Gleichstellung mit den Gewerbetreibenden, sondern eine Doppelbesteuerung, eine Doppelbelastung, da die Dividenden bei den Mitgliedern ebenfalls der Besteuerung unterliegen.

Die Vorschläge der Handelskammer zu Halle sind jedenfalls gut gemeint, sie würden durchgeführt aber zum Theil die Händler direkt schädigen — zum Theil aber gehen sie von falschen Voraussetzungen aus.

Das sicherste Mittel zur Besserung der Lage wird der Kleinhandelsstand immer in sich selbst finden: Sorge für gute kaufmännische Verbindung, vorsichtige Selbstständigmachung, — auf diesem Wege wird am wirksamsten und nachhaltigsten die Lage gebessert werden. Freilich ist das Ziel nicht in kürzester Zeit zu erreichen.

Das endgültige Ergebnis der Gutesstatistik im Deutschen Reich für das Jahr 1898 wird veröffentlicht. Danach betrug der Ertrag an Winterweizen 7 394 366 (im Jahre 1897 6 803 478 To. (= 1000 Kilogramm)). Sommerweizen 3 091 681; (2 719 581), Sommerweizen 201 264 (193 710), Winterpelz 425 831 (345 771), Sommergerste 2 468 748 (2 202 908), Hafer 5 780 699 (4 841 446), Rartoffeln 31 791 683 (29 801 092), Klee 7 893 954 (6 987 943), Luzerne 1 188 811 (1 142 163) und Wiesenheu 21 971 628 (21 211 535) Tonnen. Der Ernteertrag war also bei allen Fruchtarten größer als im vorhergehenden Jahre, in dem er schon erheblich über eine Mittelernte hinausging. Wie gut die vorjährige Ernte war, zeigt deutlich ein Vergleich des durchschnittlichen Hektarertrages des Jahres 1898 mit dem der Jahre 1888 bis 1897. Es betrug der Hektarertrag beim Winterweizen 1,28 (im Durchschnitt 1888—1897 1,10) To., beim Sommerweizen 0,89 (0,81) To., beim Winterweizen 1,69 (1,45), beim Sommerweizen 1,41 (1,30), beim Winterpelz 1,30 (1,12), bei der

Sommergerste 1,51 (1,35), beim Hafer 1,45 (1,20), bei den Rartoffeln 10,32 (9,07), beim Klee 4,21 (3,09), bei der Luzerne 5,54 (4,34) und beim Wiesenheu 3,71 (3,06) To. Der Hektarertrag überstieg also bei allen Feldfrüchten den Durchschnittsertrag der vorausgegangenen 10 Jahre erheblich.

**Kleine politische Nachrichten.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Gesetze betreffend die Verwendung von Mitteln des Reichsinvalidenfonds, betreffend die Ausnahme einer Anzahl und betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reich. — Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, der kaiserliche Minister v. Kneubach, ist am Donnerstag Abend von einem Schlaganfall betroffen worden und Sonntag gestorben. Kneubach, geboren am 23. November 1829 zu Saargraben, wurde 1860 Professor und Oberbürgermeister in Bonn, 1866 kam er, einer der Mitbegründer der Reichspartei (der konservativen Gruppe), als vortragender Rath ins preussische Handelsministerium, dem damals noch die Eisenbahnen unterstanden, 1871 wurde er vortragender Rath im Reichsfiskusministerium, 1873 Handelsminister. Er geriet mit Bismarck, dem die Eisenbahnpolitik Kneubachs nicht behagte. — Bismarck wollte stärkere Verwirklichung der Arbeitsloseninteressen und strengere Verhältnisse — in einem Konflikt. Als 1878 Bismarck die Vorlage für Errichtung eines eigenen Eisenbahnministeriums einbrachte und im Abgeordnetenhaus eine rüchsigste Kritik an Kneubachs Verwaltung übte, erbat und erhielt er seine Entlassung und wurde Oberpräsident von Brandenburg. — In Stuttgart wurde eine Falschmünzfabrik, die sich seit längerer Zeit mit der Herstellung preussischer und bayerischer Zweimarkstücke, sowie preussischer Zwanzigmarkstücke beschäftigte, verhaftet. Der Hauptthäter ist der Schlosser Paul Ulrich in Grabow. Die Ehefrau mit ihren Familienangehörigen und Bekannten verbrachte das falsche Geld. Formen und Platten wurden beschlagnahmt.

Die Schließung der inneren Umwallung der Festung Ulm ist vom Kaiser genehmigt worden. Die städtischen Behörden von Ulm beschlossen am Sonnabend den Ankauf des frei werdenden Festungsterrains für 4 1/2 Millionen Mark. Dieser Verkauf hat in der Stadt große Freude erregt. — Aus Furcht vor Strafe hat sich in Ulm ein Soldat vom 127. Infanterie-Regiment, der als Wachposten schlafend betroffen wurde, angeklagt der Mord erschossen. — Angeblich wegen Unterschlagung ist ein Wacheleutnant vom Garderegiment „Königin Elisabeth“ in Charlottenburg auf Grund einer anonymen Denunziation verhaftet worden. — Der Großfürst Thronfolger Georg von Rußland ist Montag gestorben. — Der Bericht des englischen Parlamentarischen Ausschusses für die Frage der russischen Währung empfiehlt den Gold-Standard für Indien mit dem Sovereign als gleiches Zahlungsmittel unter Festsetzung des Preises für die Rupee auf 16 Pence. — Unter sozialistischer Leitung fand in London eine starkbesuchte Protestkundgebung gegen den Krieg mit Transvaal statt. — Eine Ministerkrise in Rom wird angeahndigt. Deßony verzweifelt trotz aller Weisheiten, die er für seine Diktaturpolitik immer noch aufbrachte, am weiteren Welingen seiner Kunst und soll sich mit Abdankungsoptionen tragen. — Auch in Portugal hat die Opposition im Parlament zu dem Mittel der Obstruktion gegriffen. In der Kammerklausur erklärte Arrogo, der Führer der Opposition, daß in Anbetracht der absichtlichen von der Regierung verpöbten Verlegung einer großen Anzahl von Gesetzesvorlagen die Opposition deren überflüssige Diskussion ablehne und den weiteren Sitzungen fernbleibe. Die gesamte Opposition zog sich darauf zurück. Derselbe Vorgang ereignete sich darauf auch in der Palastkammer. — Nach einem amtlichen Telegramm aus Manila sind 80 gefangene spanische Militär- und 17 Zivilpersonen in Freiheit gesetzt worden. Unter welchen Bedingungen Aguinaldo in diese Freilassung gewilligt hat, ist aus der Meldung nicht ersichtlich.

#### Oesterreich-Ungarn.

Verbieten haben die Behörden die sozialdemokratischen Protest-Versammlungen, welche gestern, Montag Abend, in Wien stattfanden sollten. — Durch derartige ungesetzhafte und verwerfliche Maßregeln gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter wird der Erbitterung noch mehr Nahrung gegeben und die ernste Situation in Wien noch ernster gestaltet werden. Am Sonnabend früh sind in Wien nicht weniger als drei Blätter konfisziert worden, nämlich die „Arbeiter-Zeitung“, das liberale Regierungsblatt „Vaterland“ und die „Österreichische Rundschau“. Als Grund wurde die Veröffentlichung einer Interpellation des Gemeinderathes Dr. Walter Brig in der Gemeinderathssitzung angegeben, in welcher sich eine scharfe Spitze gegen die Polizeibehörde befindet. Bei der „Österreichischen Rundschau“ wurde außerdem noch eine auf den Papst bezughabende Notiz beanstandet.

#### Frankreich.

Für die gegen Dreyfus begangenen Schändlichkeiten soll in letzter Linie Niemand anders als der jetzt verstorbene Präsident Felix Faure die Schuld tragen. „Die Droits de l'homme“ erzählen Folgendes: Als das Kriegsgericht mit Ausschluß der Öffentlichkeit Esterhazy abgeurtheilt und freigesprochen hatte, erhielt sein Vorsitzender von Felix Faure den Auftrag, Herrn Meline aufzusuchen und ihm zu sagen: „Herr Konfessionspräsident! Der Prozeß, der sich vor uns abgepielt hat und die Akten, die wir durchstudierten, haben uns die absolute Ueberzeugung verschafft, daß, wenn je die Revision durchgeführt würde, dieses die Berichtigung unseres Spionagesystems zur Folge haben und den Krieg herbeiführen müßte. Wir beschwören Sie deshalb, die Revision auf jede nur erdenkliche Weise zu hintertreiben.“ Meline kam diesem Wunsch nach.

Zur Lage. Im letzten Ministerrathe erörterte man, dem „Siecle“ zufolge, die für den 14. Juli, an welchem Tage das Nationalfest stattfindet, vorgesehenen Begnadigungen. Dabei wurde auch Graf Christiani, der Loubetattentäter, genannt. Loubet wollte aus Großmuthigkeit die Begnadigung Christianis eintreten lassen; die Minister aber waren der Ansicht, daß diese Angelegenheit nicht bloß eine persönliche sei, und wie berechtigt die Gefühle des Präsidenten auch sein mögen, sei es nicht angebracht, den Baron jetzt schon zu begnadigen, weil die Gegner der Republik in einer solchen Begnadigung nur ein Zeichen von Schwäche sehen würden. Für den 14. Juli ist also die Begnadigung des Barons ausgeschlossen.

Auch wurden vom Ministerrath wieder einige bemerkenswerthe Versetzungen vorgenommen. Daniel, Gon-

verneuer der Teufelsinsel, wurde abgesetzt und Bajoucade an seiner Stelle ernannt. Der Kommandant Ravary, der mit der Berichterstattung in dem ersten Dreyfusprozeß betraut war, wurde nach Marseille versetzt.

„Matin“ veröffentlicht eine Broschüre des Prinzen Henri von Orléans, in welcher dieser erklärt, er werde sich vor dem Urtheilspruch des Kriegesgerichtes in Rennes beugen, ebenso wie er sich vor dem vom Jahre 1894 beigegeben habe; wenn Frankreich von diesem Geschwür befreit sei, werde es seine ruhmvolle Rolle wieder aufnehmen können und werde sich der französischen Interessen erinnern, die an der afrikanischen Küste, in Marokko und in Indochina auf dem Spiele stehen.

Die „Ancre“ fordert in einem geharnischten Artikel die Vernehmung des französischen Gesandten in Brüssel, Gerard, wegen seiner bekannten Beziehungen zu dem Präsidenten Viktor Napoleon und seiner antirepublikanischen Gesinnung. Schließlich sei noch als charakteristisch erwähnt, daß jetzt sogar der plötzliche Tod eines früheren ausländischen Diplomaten von den entsetzlich verlegenen und verlogenen Mannen Beaurepaire's für antirevolutionnistische Zwecke auszubenten versucht wird. Der frühere italienische Gesandte Resmanin ist Sonntag in seiner Wohnung in Paris gestorben. Das Blatt „Evenement“ versichert nun, dieser Tod sei von geheimnisvollen Umständen begleitet. Drei Personen, darunter Matthieu Dreyfus (?), hätten eine Hausdurchsuchung bei dem Verstorbenen abgehalten, und seine Papiere, sein Testament und sein bares Geld mitgenommen. Die Untersuchung sei eingeleitet worden. — Die Märchen der Generalstabler werden immer alberner.

Wie aus Rennes gemeldet wird, hat Dreyfus um Anfertigung einer Hauptmanns-Uniform der Artillerie gebeten, um in ihr vor dem Kriegsgericht zu erscheinen. Diesem Ansuchen wird entsprochen werden. Dreyfus kennt den Bauer, welchen die Uniform auf seine lieben Vandalente ausübt, läßt ihn sogar wahrscheinlich auf sich selbst wirken. Inzwischen werden immer mehr neue Chikanen bekannt, denen Dreyfus in seiner Gefangenschaft ausgesetzt war. Der frühere Kolonialminister Lebon ließ Dreyfus in Ketten legen; als er erkrankt war, ließ er einen Sarg nebst Weintrauben anweisung schicken. Er ließ seine Hütte umpfählen und den Gefangenen buchstäblich einmauern. Der Gefangenewart, der Dreyfus von Zeit zu Zeit amtlich besuchte, pflegte, wenn die Behörden wieder einmal in Cayenne die Briefe der Angehörigen des Gefangenen unterschlagen hatten, mit teuflischem Lachen zu sagen: „Da sehen Sie, Ihre Frau vergißt Sie, Ihr Bruder verleugnet Sie, Ihre Familie stößt Sie von sich!“ Die Eisenfesseln, die man ihm um die Beine legte, drückten die Haut durch und erzeugten eiternde Schnären. Am Morgen kam der Militärarzt, verband ihm mitleidig die Wunden, am Abend aber wurde die Eisenfange mit den Fesseln wieder angelegt, und die Wunden waren von Neuem wieder aufgerissen. Die Hitze, auch in der sogenannten kühlen Jahreszeit, war schrecklich. Sie sank in der Hütte niemals unter 20 Grad und stieg tagsüber so hoch, daß Dreyfus wiederholt Hitzschlaganfälle hatte, hinfällige und lange bewusstlos blieb. Zwei seiner Wächter, die nicht so mäßig lebten, wie er, sondern tranken, bekamen ebenfalls den Hitzschlag und starben. Noch auf der „Esq“, während der Heimfahrt, machten die höheren Offiziere, die allein Anlaß und das Recht hatten, ihn anzusprechen, das heißt, ihm Befehle zu erteilen, sich das besondere Vergnügen, ihn kurz „Dreyfus“ anzurufen, obwohl das Urtheil des höchsten Gerichts ihn zu einem bloßen Angeklagten gemacht und ihm seinen Hauptmannsrang und Titel wiedergegeben hatte. Die „Esq“ berichtet, daß Dreyfus in seiner Unwissenheit vom Kap Verbe aus ein überauswundersames Danktelegramm an Boisdeffre abschicken wollte, den er für den Urheber der Wiederaufnahme, seinen Gönner und Retter hielt. Der Kapitän der „Esq“, Coffinières de Norbeck, war sehr verwirrt, als ihm das Telegramm unterbreitet wurde, und sagte nur nach einigen Augenblicken peinlichster Verlegenheit: „Wird nicht abgesendet!“ ohne sein Verbot zu begründen.

Die „Gazette de France“ veröffentlicht einen Geheimbericht des Polizeipräsidenten an den Oberstaatsanwalt aus dem März 1899, wonach die Partei der Royalisten die Antisemitenliga und die Patriotenliga subventioniert und für den Putschversuch Droulebe's 300 000 Francs ausgegeben haben soll.

Der italienische General Giletta, der kürzlich wegen Spionage zu 5 Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, ist anlässlich des bevorstehenden Nationalfestes begnadigt worden. — Dieser Akt des Gegenkommens Frankreichs ist der italienischen Regierung sicherlich schon vor einiger Zeit in Aussicht gestellt worden. Dadurch ist es erklärlich, daß die ministerielle Presse in Italien die Nachricht von der strengen Verurtheilung des Generals ohne erheblichen Widerspruch aufgenommen hat.

#### Belgien.

Das erwartete Manifest des Generals Brialmont ist erschienen. Es enthält vor allem die Aufforderung an den König, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Ferner verlangt Brialmont von der Wählerschaft, daß sie nur denjenigen Kandidaten ihre Stimme gebe, welche sich schriftlich dazu verpflichten, für die Einführung der allgemeinen, persönlichen Wehrpflicht einzutreten.

#### Finnland.

Zur inneren Lage. Die russische Telegraphenagentur, die, was die Telegramme über die finnischen Verhältnisse anbetrifft, sich wesentlich so viele Unrichtigkeiten hat zu

Schulden kommen lassen, hat auch über den vor Kurzem erfolgten Besuch des Großfürsten Wladimir in Finnland einen solchen Bericht erstattet. Wie der „Hann. Cour.“ aus befreundeter Quelle erfährt, ist der Empfang des Großfürsten Wladimir in Finnland ein äußerst kühler gewesen, da in der Person Wladimir's einer der eifrigsten Fürsprecher der russischen Prinzipien, die sich jetzt Finnland gegenüber geltend machen, zu suchen ist. Der Besuch des Großfürsten in Wiborg und Willmannstrand trug nur einen streng militärischen Charakter, und in Helsingfors gestaltete sich der Empfang nicht weniger kühl. Die offiziellen Gebäude allein hatten Flaggenschmuck angelegt, in den Straßen, die Seine kaiserliche Hoheit passirte, sah man nur vereinzelte Personen stehen, und nicht einmal die Parade, welche beim schönsten Wetter abgehalten wurde, hatte es vermocht, mehr als ein paar hundert Menschen heranzuziehen. Am Abend des folgenden Tages, als der Großfürst von einem Ausfluge in den „Skären“ nach Helsingfors zurückkehrte, hatten einige russische Kriegsschiffe, die im Hafen lagen, eine Illumination veranstaltet, und die Mannschaft derselben war auf den in der Nähe liegenden kleinen Inseln postiert, mit dem Befehl, den Großfürsten mit Hochrufen zu empfangen, damit er sich der Täuschung hingabe, daß die Bevölkerung von Helsingfors ihm diese Huldigung bringe. In der Provinz erging es dem Großfürsten nicht besser als in der Hauptstadt, obgleich der Generalgouverneur Bobrikoff sich auf's eifrigste bemühte, den Empfang freundlicher zu gestalten. Zu diesem Zwecke hatte Bobrikoff sich sogar nicht scheut, beim Gouverneur einer der nördlichen Provinzen telegraphisch anzufragen: „Ist es nicht möglich, eine Ovation für den Großfürsten seitens der Bevölkerung zu Stande zu bringen? Wie viel kostet es?“ Sofort erfolgte die lakonische Antwort: „Bei uns unmöglich!“ Der Großfürst ist sehr unangenehm berührt gewesen von dem frappant kühlen Empfang, welcher ihm in Finnland zu Theil wurde und der einen scharfen Kontrast zu dem bildet, was Bobrikoff ihm vorgespiegelt hatte.

#### Serbien.

Das unblutige Attentat auf Milan führt noch immer zu Verhaftungen von Radikalen. Sonnabend und Sonntag wurden abermals mehrere der Regierung mißliebige Personen, die radikaler Gesinnung nur verdächtig sind, verhaftet. Der Attentäter spielt sich inzwischen auf die verführte Unschuld hinaus und pfeift weiter, d. h. er denunziert alle Führer der Radikalen; er behauptet steif und fest, daß sie ihn gedungen hätten, obwohl der Beweis dafür noch lange nicht erbracht ist. Uebrigens ist Milan schon zu einer Zeit, als er noch offiziell das Szepter führte und auf der Höhe seiner Macht stand, Gegenstand eines Attentats gewesen und zwar seitens einer schönen Frau. Es war im Oktober 1882, als Helene Markowitsch, die Wittve eines wegen Meuterei kriegsgerichtlich erschossenen Oberstleutnants, auf Milan schoß, allein auch damals ging die Kugel fehl. Helene Markowitsch und ihre Freundin und Mitwisserin Helene Knitschanin wurden ins Gefängnis geführt, und eines Tages fand man beide todt in demselben. Im Publikum verbreitete man die Nachricht, daß die beiden Frauen Selbstmord verübt hätten, um der ihnen drohenden Strafe zu entgehen. An den Selbstmord glaubte schon damals Niemand, und als der Graf von Tolowa, welchen Titel Milan nach seiner Abdankung führte, in seinem Ehestreite im März 1891 einen offenen Brief an seinen ehemaligen Premier-Minister Garaschanin schrieb, in welchem er diesen ziemlich unerblickt der Ermordung der beiden Frauen beschuldigte, ließ Garaschanin einen ebenfalls offenen Brief an den „Grafen von Tolowa“ erscheinen, in dem er ihm die Beschuldigung ins Gesicht schleuderte, daß er die beiden Frauen habe ermorden lassen. In Wirklichkeit ist das Geheimniß, welches den Tod der beiden Helenen umgab, die an einem Attentat gegen den König Milan theilhaftig waren, noch heute nicht völlig aufgeklärt, und man kann nur hoffen, daß die That des jetzigen Attentäters vollständig aufgeheilt und der Prozeß gegen denselben in voller Öffentlichkeit geführt wird.

#### Bulgarien.

Stürmische Zeiten sind ohne Zweifel wieder in Bulgarien angebrochen. Zwar hat sich der gemeldete Ausbruch einer Revolution in Sofia nicht bewahrheitet, aber das Land befindet sich in einer Gährung, die jeder Zeit den Ausbruch der Revolution erwarten läßt. In Budapest sind jetzt die bulgarischen Blätter aus den kritischen Tagen, darunter auch die konservativen Zeitungen, per Couvert eingetroffen. Karawelow's Blatt beschuldigt offen Ferdinand, daß er sich sofort nach Unterfertigung der Eisenbahnverträge eine halbe Million Francs auszahlen ließ. Bantows „Bulgaria“ schreibt: „Ferdinand weilt in Ezringrad und wartet Geld aus dem Auslande ab, um sorglos Lustreisen zu unternehmen.“ Stoilows „Mir“ deutet geheimnißvoll an, daß Bulgarien vor einem drohenden Gewitter stehe. Seit einigen Tagen erscheint ein Geheimorgan unter dem Titel „Republik“, das den Fürsten beschuldigt, das Land verkauft zu haben. Die Redaktion dieses Blattes gab auch eine Drohschüre gegen den Fürsten heraus, die jedoch in Rußland in der Druckerei konfisziert wurde. Am heftigsten greift den Fürsten die „Tribuna“ an, die nach dem Sturz Stoilows gegründet wurde. Das Blatt beschuldigt den Fürsten, den Eid auf die Verfassung gebrochen zu haben. Bulgarien brauche nicht einen Herrscher, der nur an Vergnügungen denke und sich dafür zwei Millionen von dem Volke zahlen lasse. Diese Nummer wurde konfisziert. — Allem Anschein nach ist Nante die längste Zeit Fürst von Bulgarien gewesen. Nun, das Ländchen verliert an ihm nichts.

#### Transvaal.

Die Regierungsvorschläge. Der Volksraad überwiegt die Vorschläge der Regierung einer fünfjährigen Kommission, mit der Anweisung, sie zum Gelegetwurfe auszuarbeiten.

Der Beschluß des Ausführenden Rathes, der der Kommission vorliegt, lautet:

Der Ausführende Rath empfiehlt dem Ersten Volksraad, folgende Bestimmungen gutzuheißen: 1. Personen, die nicht wünschlich, sich in der im Gelegetwurfe vorgezeichneten Weise naturalisiren zu lassen, können das volle Stimmrecht dadurch erlangen, daß sie nach einem siebenjährigen Aufenthalt, gerechnet von der schriftlichen Ankündigung des Wunsches, das Bürgerrecht zu erhalten, einen Eid ablegen. 2. Personen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sich in der Republik niedergelassen haben, können nach 9 Jahren die Naturalisation mit vollem Stimmrecht erhalten oder nach 5 Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, doch müssen dann 7 Jahre seit der Niederlassung derselben in der Republik verstrichen sein. 3. Die Regierung ist berechtigt, die Naturalisation mit vollem Stimmrecht an Personen zu verweigern, welche dem Lande Dienste erwiesen haben. 4. Mündliche Kinder von Fremden, die in diesem Staate geboren sind, haben das Recht der Naturalisation, so daß sie, sobald sie mündig sind, das volle Stimmrecht erhalten können. Artikel 5 trifft Bestimmungen über das volle Staatsbürgerrecht und Stimmrecht im früheren Lande. 6. Wenn das Feldbrennen nicht in der Lage ist, aus verlässlicher Kenntnis, wie es das Gesetz verlangt, ein Naturalisationszertifikat auf volles Stimmrecht auszuweisen, so muß es solches thun auf Grund einer eidlichen Erklärung von neuem stimmberechtigten bekannten Bürgern des Distrikts mit der Angabe, daß der das Stimmrecht Suchende sich während der gesetzlich bestimmten Zeit in dem Distrikt aufgehalten hat, sowie den Gesetzen und der Unabhängigkeit treu gewesen ist.

Wie dem Meuterei-Bureau aus Kapstadt berichtet wird, hat der Premierminister der Kapkolonie in einer Unterredung erklärt, er halte die von der Regierung der Südafrikanischen Republik gemachten Reformvorschläge für genügend und befriedigend.

Die Londoner „Times“ sagen, die neuen Vorschläge des Präsidenten Krüger bedeuteten einen Fortschritt, doch ließe sich ihre genaue Beschaffenheit und Tragweite noch nicht völlig übersehen. Es würde unklug sein, sie in Hauch und Wogen zu verwerfen, bevor man vollständigere Mittheilungen darüber erhalten hätte; doch würde jede Lösung unannehmbar sein, die nicht in genügend klarer und definitiver Weise die Verleihung des Bürgerrechts an die Ausländer einschließen würde, wodurch allein die Gefahr eines Wiederausbruchs der Krise beseitigt werden könnte.

#### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 11. Juli.

Die Bürgerschaft hielt am Montag eine Sitzung von nur kurzer Dauer ab. Die meisten Senatsanträge wurden debattelos genehmigt. Nur zu dem Antrage, dem Bauverein 100 000 Mark zu pumpen für den Bau von Arbeiterwohnungen, entspann sich eine längere Aussprache. B. W. Jenne stellte den Antrag, daß das Finanzdepartement angewiesen werde, die eingehenden Zinsen und Tilgungsbeträge zur Verzinsung und Tilgung vorhandener Staatsschulden zu verwenden. Herr Brecht war unangenehm davon berührt, daß der leihende Staat nun auch überall seine Nase hineinstecken will. Er meinte, dadurch würde dem Vereine die Lebenskraft entzogen, und es würde besser sein, die ganze Geschichte von Staatswegen zu machen. Das wäre aber so eine Art erster Schritt zu sozialistischen Bahnen. (Herr Brecht scheint ja ein vorzüglicher Kenner des Sozialismus zu sein! Das haben wir in dem höflichen Mann garnicht gesucht. D. R.) Man solle das Aufsichtsbrecht hanseatisch, nicht bureaukratisch ausüben. Senator Dr. Fehling unterzog sich der Aufgabe, die Bedenken des um die Bauvereinselbstständigkeit besorgten Paladins des Herrn Coleman zu zerstreuen. Der Antrag Jenne ward angenommen. Bei dem Punkte „Herstellung einer Sandwäsch auf der Stadtwasserkunst kam zur Sprache, daß der Sandbezug von Travemünde dem Weltbad zum Opfer gefallen ist. Die Steuerzahler müssen jetzt bluten im Interesse der Sommerbäuer. Der Sand am Britwall und bei Dummerdorf, den Herr Hildebrandt in Empfehlung brachte, eignet sich nach Angabe der Senatsvertreter nicht. — Vielleicht prüfen unsere Volkstribunen einmal, ob nicht auch unser Wasser geringwerthiger wird zu Gunsten der Badegäste.

Eine Brauereiarbeiter-Versammlung nahm am Sonnabend Abend Stellung zu dem Verhalten des Braumeisters der Adlerbrauerei und verurtheilte es auf das Schärfste, daß entgegen der blühenden Abmachungen sowohl das Wohnen im Geschäft eingeführt ist, als auch der Minimallohn für die Arbeiter von 19 Mark nicht gezahlt wird, daß ferner beabsichtigt wird, einen Zwischenmeister im Flaschengeschäft einzufügen, und daß die Brauer aus dem Nachweise der blauen Brauerherberge Grombach in Hamburg bezogen werden. Es wurde eine Kommission beauftragt, wegen dieser Beschwerden vorstellig zu werden, und hat denn auch Herr Faidner bereitwillig zugesagt, den Abmachungen gemäß zu verfahren. — Damit dürfte die Sache also erledigt sein.

Für die Familie des Genossen B. in Stöckelsdorf sind 20 Mk. 55 Pfg. bei Evers und Meßfeldt eingegangen und der Bestimmung gemäß abgeliefert worden. Der Unterstützte sagt hierdurch seinen Freunden besten Dank.

\*\* Unfall beim Baden. Am Sonntag machte ein junger Mann von der der Nachweh-Badeanstalt gegenüberliegenden Wiese den Kopfsprung in die Trave und verlegte sich an der Stirn so erheblich, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Es dürfte gerathen

fein, veraltete Experimente nur in der Badeanstalt auszuüben.

— Aus der Arbeit entlassen wurde gestern von der Firma Frank am Geiselsplatz ein bejahrter Arbeiter, welcher 13 Jahre dort thätig gewesen war, angeblich, weil er nicht im Stande war, Balken von etwa 25 Fuß englisch Länge und 5 Zoll englisch Durchmesser zu tragen. Ähnlich soll es schon mehreren alten Arbeitern der Firma ergangen sein.

Es hat geholfen. Bis auf Weiteres werden die öffentlichen Badeanstalten am Finkenberge in der Vorstadt St. Lorenz und auf der Falkenwiese in der Vorstadt St. Jürgen für das Publikum von 6 Uhr Morgens ab geöffnet sein.

Arbeiterwohnungen. Die in Gemäßheit des Rath- und Bürgerausschusses vom 12. Juni d. J. zum Zwecke der Errichtung von Arbeiterwohnungen in der Vorstadt St. Lorenz in der sogenannten Fingelkühle ausgelegten Baupläne sind zum Preise von 5 Mark für das Quadratmeter zu verkaufen. Die Kaufbedingungen sowie der Parzellierungsplan sind im Bureau des Finanzdepartements, Rathaus, Zimmer Nr. 13 zur Einsicht der Kaufinteressenten ausgelegt.

Zum Volksfest. Für Sonntag, den 16. d. Mts., erläßt das Polizeiamt auf Grund der §§ 55 a und 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung für den Handelsverkehr in Stadt und Vorstädten die nachstehenden Anordnungen:

1) Auf dem Festplatze ist das Feilbieten von Backwaren, Obst und sonstigen Lebensmitteln, von Blumen, geringwerthigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen von Mittags 12 Uhr an gestattet.

2) In der Stadt und in den Vorstädten außerhalb des Festplatzes ist außer den allgemein freigegebenen Stunden das Handelsgewerbe in offenen Verkaufsstellen für die Nachmittagsstunden von 1 bis 6 Uhr zugelassen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die Straße der Glockengießerstraße von der Rönigstraße bis zum langen Lohberg vom Mittwoch, den 12. d. Mts., ab bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den Fuhrwerkverkehr gesperrt.

ph In Haft geriet ein von der Kieler Staatsanwaltschaft wegen schwerer Urkundenfälschung strafbefähigt verfolgter Hausknecht.

ph Jäger Tod. In der Herberge von Peters in der Deppenau starb Sonnabend Nacht ein Arbeiter aus Stresendorf am Herzschlage.

ph Diebstähle. Einem Arbeiter wurde, angeblich von seinem Logistkollegen, ein Handkoffer gestohlen. — Aus einem Webelstrickwagen wurden während der Fahrt von Braunschweig nach hier diverse werthvolle Sachen gestohlen.

Handelsregister. Am 10. Juli 1899 ist eingetragen auf Blatt 2127 die Firma „Georg Friedrich“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: G. F. F. Friedrich, Kaufmann in Lübeck.

Stadtschloß. Wer wird Gemeindevorsteher? Die Regierung hat der Minorität der Gemeindevorsteher, wie billig, Recht gegeben und die Wahl des hiesigen Herrn Schoof nicht bestätigt. In einer Sitzung des Gemeinderathes am 4. d. Mts. wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, mit Herrn Bruhn als Ruchprache zu nehmen, ob er zu Weiterführung seines

Amtes gewillt sei. Am 10. d. Mts. fand eine weitere Sitzung statt, in der die Wahl vorgenommen wurde. Herr Bruhn ist gewillt, gegen 1800 Mk. Jahresgehalt bei der jetzigen Amtsdauer weiter zu amtieren, falls die Regierung seine Ründigung zurücknimmt, was wohl geschehen dürfte. Es wurden 7 Stimmen mit Ja, 2 mit Nein abgegeben. Hoffentlich pflichtet die Regierung dem bei.

**Quittung.**

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:

Bisher quittirt	1854,00 Mk.
Maurer, Bau Electr. Werk, Wedergrube	4,80 "
Bauarbeiter, Bau Electr. Werk, Wedergrube	8,30 "
Gesammelt Wegner's Bau, Vreltestraße	6,95 "
Summa	1874,05 Mk.
Davon bisher abgelandt	1246,84 Mk.
Vom 10. Juli abgelandt	112,35 Mk.
Summa	1359,21 Mk.
Reicht Bestand	14,84 Mk.

Weitere Gelder nimmt entgegen: Redaction des „Lübecker Volksboten“ Johannisstraße 50.

Stenographisch: Schmarz. Hamburg, 10. Juli.

Der Schmeichelhändler verließ gut. Angeführt wurden 380 Stüd. Preise: Verlandschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 48—49 Mk. pr. 100 Pfd.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu veranlassen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Dem Silberpaare H. Haefke u. Frau in der Danforthstraße zum heutigen Tage die besten Glückwünsche!

Seine Freunde.

Zu vermieten die 1. Etage, 3 Zimmer mit Zubehör, Pferdebestall und Wagenremise. Oldenburg, Friedenstr. 41.

Gesucht zwei Dieneger.

C. Strehle, Eppendorferstr., Emlenstraße 8.

Ein Arbeiter, der schon in Brauereien oder ähnlichen Geschäften gearbeitet hat, verlangt Schwartauer Allee 8 b, in der Brauerei.

Ein Tisch mit 2 Stühlen, eine Waschkommode, ein Nähtisch, ein Manteltisch, ein Teppich billig zu verkaufen. Rosenstraße 21.

Verloren eine Damenuhr nebst Kette am Sonntag. Abgegeben. Wallenburger 140.

Verloren am Sonntag auf dem hiesigen Bahnhof eine rothe Schleife mit grüner Kettenschnur. Dem Wiederbringer eine Belohnung. Breitenweg 1 a, 2. St.

Für Wiederverkäufer! Gute und abgelagerte Cigarren billig. Johannisstraße 17—19.

Täglich:

Frische Hannoverische Biberbeeren empfiehlt C. Stender, Düstere Querstr. 13.

Guter kräftiger Mittagstisch Grosse Burgstrasse 11. Preis 50 Pfg., die Woche Mk. 3.

**Zum Volksfeste**

empfehle

**für Wiederverkäufer**

Gangbare Chocoladen-Artikel | Riesen - Volksfest - Cigarren

1—2 und 5 Pfg.-Verkauf. 5 Pfg.-Verkauf.

sowie sämtliche Zuckerwaren.

**Königsstraße 31 Otto Gaedt Königsstraße 31.**

Margarin, Chocoladen und Zuckerwaren-Fabrik.

Specialität: 5 Pfg.-Zuckerstangen zu billigsten Preisen.

Mein seit langen Jahren

an der Israelsdorfer Allee, gegenüber der Tribüne, stehendes

**Erfrischungs-Belt**

bringe auch dieses Jahr in freundliche Erinnerung. Gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung zusichernd, lade alle Freunde und Bekannte zur Einnahme freundlichst ein.

**Gustav Brokmann, „Zum weißen Engel“.**

Allen jungen Leuten, welche zur Frühjahrszeit zu ihrer weiteren Ausbildung die deutschen Lande bereisen wollen, empfehlen wir:

**Scherm's Reisehandbuch**

für wandernde Arbeiter.

Dasselbe enthält eine Eisenbahnkarte, sowie eine Orientirungs- oder Straßenkarte und über 2000 verschiedene Reisetouren.

Preis gebunden in Ganzleinen Mk. 1,50.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Die in unseren Partekreisen mit großem Beifall aufgenommene Broschüre:

**„Socialreform oder Revolution“**

nebst einem Anhang

**Miliz und Militarismus**

von

**Frau Dr. Rosa Luxemburg**

ist wieder vorrätig und zum Preise von 30 Pfg. zu beziehen durch die

**Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.**



**J. C. H. Boy**

Lübeck.

Markthallen-Stand No. 46—47.

Empfehle Sonnabend Morgen frisch eintreffend:

**Frische Schellfische,**

**grosse Schollen, Ostender Steinbutt, echte Rothzungen, feinste Fischkarbonade,**

**lebende Schleie und Krebse.**

Fernsprecher Nr. 115.

**Visit-Karten**

auf ff. Elfenbeinkarton

per 100 Stück von 1 Mk. an

liefert prompt und sauber

**Die Druckerei des Lüb. Volksboten.**

Grüßte mit dem heutigen Tage einen

**Brodhandel**

und empfehle gutes Schwarz- und Feinbrod, sowie sämtliche feine Backwaren und erlaube um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

Willh. Bierwirth, Moisling.

**Uhren-Lager L. Römer.**

Bedeutend ermäßigte Preise

von Reparaturen an daseibst entnommenen Wand- und Taschenuhren seit 10 Jahren.

**W. Kuth, Vertreter, Eg. Lohberg 41.**

**Tischbestecke**

Glasmesser und Gabeln

Glaslöffel, Theelöffel

Vorlegelöffel

empfehle billigst

**J. F. B. Grube**

Inh. Rudolf Möller.



**K. Schultz, Uhrmacher,**

3 ob. Johannisstr. 3.

Großes Lager aller Arten Uhren und Uhr-Ketten

enorm preisw., mehr. Garantie.

Bitte Preise im Schaufenster zu beachten.

Uhrfedern Mk. 1,50, Uhrgl. 0,30.

**Wegen vorgerückter Saison**

verkaufe elegante helle Herren-Hosen für jeden annehmbaren Preis.

**Marlesgrube 38.**

**Section der Alenpner.**

(Deutscher Metallarbeiter-Verband.)

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**

am Mittwoch den 12. Juli

Abends 8 1/2 Uhr

bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.**

Tages-Ordnung:

Berichterstattung über die Forderungen bei den hiesigen Meistern.

**Die Ortsverwaltung.**

**General-Versammlung**

des

**Gesangsvereins „Eintracht“**

am Mittwoch den 12. Juli 1899

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

Abrechnung. Winterlokal. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

**Der Vorstand.**

**Concerthaus Fünfhausen.**

Dienstag den 11., Donnerstag den 13. und Freitag den 14. Juli.

Neu! Ohne Konkurrenz! Neu!

**Nur drei große Vorstellungen.**

Jede Vorstellung abwechselndes Programm.

Ausgeführt von dem russischen Spiritisten **Max Tertz aus Petersburg.**

Meine sämtlichen Nummern sind die allerneuesten. Eigene Erfindung. Ohne Gehtzen. Durch meine langen Reisen in Indien und Arabien bin ich in der angenehmen Lage, die schwierigsten, hier noch nie gesehenen, faszinierenden indischen Takt- und spiritistischen Nummern auszuführen.

Während d. Pauses Concert. Anfang 8 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Num. Sperrst. 1 Mk., 1. Platz 60 Pfg., 2. Platz 40 Pfg. — Vorverkaufsstellen: bei Hrn. Kalbel, Musikalienhdlg., Vreltestr., für Sperrst. 75 Pfg., a. d. Kasse 1 Mk.; für andere Plätze bei Hrn. John, Cigarren-Geschäft, Schüsselboden; Friseur Sommer, Fischstraße und H. Lüth, Bauersböte.

**Tivoli-Theater.**

Mittwoch den 12. Juli.

2. Gastspiel des Hoftheaters-Directors und Königl. Preussischen Hoftheaters

**Julius August Grube.**

**Die Journalisten.**

Volz — Herr Hoftheaterspieler Grube.

Rassendöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag: 3. und vorletztes Gastspiel.

**Othello.**

## Die Abhängigkeit der Industrie von den Großbanken.

Noch viel zu wenig ist man sich bei der Erörterung von wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Fragen des innigen Zusammenhanges zwischen Großbanken und Industrie bewußt. Man stellt sich den Einzelbankanten oder bei der Aktiengesellschaft den Fabrikdirektor, unter Umständen auch die Gesamtzahl der Aktionäre als diejenige Instanz vor, von deren Willen und Wirken Änderungen in dem Betriebe, besonders in den Arbeitsbedingungen ausschließlich abhängen würden. Das ist aber heutzutage doch nur noch in beschränktem Maße richtig. Der Einfluß, den heutzutage die Hochfinanz auf die maßgebenden Betriebe der Großindustrie und damit auf die gesamte Industrie hat, ist so groß, daß ohne die Zustimmung und den Willen der großen Bankinstitute wesentliche Veränderungen in den Betriebsverhältnissen nicht vorgenommen werden können. Der Einfluß der Großbanken auf die Industrie ist etwa dem Einfluß des preussischen Finanzministers v. Miquel auf die gesamte preussische Politik und Verwaltung vergleichbar. Das Heft der Großbanken greift allerdings nicht direkt in die inneren Verhältnisse der einzelnen industriellen Betriebe ein, nur mit dem Schlüssel der Finanz ist es ihnen möglich, schließlich doch den ganzen Betrieb zu beherrschen. Die Großbank bestimmt direkt oder indirekt die Höhe der Dividende der industriellen Großbetriebe durch ihr gesamtes Bankvolk. Zu diesem Zweck sucht die Bank in den ersten Industriebetriebe sich einen Aufsichtsrathsposten zu sichern. In welchem Umfange dies den Berliner Großbanken schon gelungen ist, das sei hier einmal für jede einzelne nachgewiesen. Dies ist möglich auf Grund des Abschreibes der Direktoren und Aufsichtsrathsmitglieder der Aktiengesellschaften für 1898/99 (Verlag der Korrespondenz, Welt, Berlin).

Die Deutsche Bank, die zusammen mit dem Schlesischen Bankverein und der Vergleich-Märkischen Bank zu behandeln ist, sitzt in 83 Aktiengesellschaften und sitzt dort einen bestimmenden Einfluß aus. Die Dresdener Bank hat in 55 Gesellschaften Aufsichtsrathstellen inne. Die Berliner Handelsgesellschaft ist ganz besonders innig mit der eigentlichen Industrie verflochten, wenn sie auch mit nur 50 Aufsichtsrathstellen an dritter Stelle steht. Es folgt die Berliner Diskontogesellschaft mit 38 Aufsichtsrathstellen. Die Darmstädter Bank ist in 30 Gesellschaften durch ein Aufsichtsrath-Mitglied vertreten.

Gleichfalls in 30 Gesellschaften vertreten ist der A. Schaaffhausensche Bankverein. Endlich sei noch an siebenter Stelle die Nationalbank für Deutschland aufgeführt, die in 25 Gesellschaften mit Aufsichtsrathstellen vertreten ist.

Die hier aufgeführten Zahlen von Aufsichtsrathstellen, die die sieben ersten Großbanken Berlins in Industrie-Gesellschaften innehaben, bezeugen sich indes einmal nur auf solche Gesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden. Das ist aber nur der kleinere Theil der deutschen Aktiengesellschaften, ein noch geringerer Theil aber der deutschen und ausländischen großen industriellen Betriebe überhaupt, bei denen diese Banken gleichfalls mehr oder weniger betheiligte sind. Sodann bezieht sich die angeführte Zahl nur auf diejenigen Aufsichtsrathstellen, die die Direktoren der genannten Banken selbst innehaben. Würden wir erst feststellen, in welchem Umfange die Aufsichtsräthe der Großbanken dann wieder gleichzeitig auch Aufsichtsräthe industrieller Gesellschaften sind und umgekehrt, würden wir weitergehen und ermitteln, in welchen anderen Banken die Großbanken wieder im Aufsichtsrathe und durch diese abermals in industriellen Gesellschaften vertreten sind, so würden wir annähernd ein Bild von den innigen Beziehungen zwischen Großbanken und Industrie erhalten, damit aber auch von

dem großen direkten Einfluß dieser auf jede einzelne industrielle Gesellschaft.

Wir sagen ausdrücklich, wir haben dann erst eine Vorstellung von dem direkten Einfluß; denn daneben giebt es noch eine Reihe von Mitteln und Wegen, durch die eine Großbank auf ein industrielles Unternehmen Einfluß gewinnen kann. Wir nennen nur den zeitweiligen oder dauernden Ankauf von Aktien, um in der Generalversammlung Einfluß auszuüben. Wir müssen aber endlich auch noch derjenigen Bankhäuser gedenken, die durch ihren Einfluß auf die Industrie mit den in Form von Aktiengesellschaften gegründeten Instituten wettkämpfen, also der privaten Bankhäuser, wie z. B. das Haus Bleichröder, dem man viele Beziehungen zu industriellen und Handelsunternehmungen nachweisen kann. Dieser Einfluß beschränkt sich nicht allein auf Aktiengesellschaften, sondern auch auf Unternehmungen, die formell noch ausschließlich in Händen einer einzelnen Person sind, hinter denen aber in vielen Fällen eine leistungsfähige Großbank steht. Als solche Unternehmungen, bei denen der Einfluß der Großbanken, wie geschildert, auf indirektem Wege zur Geltung kommt, werden z. B. die Waarenhäuser Wertheim, Tietz, auch das Unternehmen des Berliner Lokalanzeigers angeführt.

Kurz und gut, der Einfluß braucht nicht ein direkter zu sein, obwohl dieser umfangreich genug ist; die Beziehungen sind vielmehr äußerst vielfältig und verzweigt, aber bei näherem Zusehen doch vorhanden. Durch alle diese Arten der Einwirkung auf die Betriebe der Industrie ist aber den Großbanken ein Einfluß auf die finanzielle Gebarung der Unternehmungen eingeräumt, der in Wirklichkeit eine Abhängigkeit der Industrie von den Großbanken in sich schließt. Die Verwertung der Industriepapiere, die Verrechnung der Dividenden und damit die ganze Finanzwirtschaft der Industriebetriebe ist von der Politik der Großbanken abhängig. Die Finanzwirtschaft der Großbetriebe und der Industrie überhaupt ist aber wieder maßgebend für alle weiteren inneren Betriebsverhältnisse. Ist die Tendenz der Finanzwirtschaft dahin gerichtet, daß eine möglichst hohe Dividende um jeden Preis herausgewirtschaftet werden muß, so ist die Folge, daß die wirtschaftlich technische Seite des Betriebes und am meisten auch die Arbeiter darunter leiden müssen; Löhne und Aufwendungen für Verbesserung und Erneuerung des Betriebes kommen zu kurz; der innere Werth des Unternehmens leidet.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Differenzen in der Berlin-Eisenbahner Eisenberg n. Gle., Anhaber Mosenberg, sind nach stattgefundener Verhandlung zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt. — Zwischen Maurer-Verbindungen in Berlin nahmen Freitag den Bericht der Arbeitervertreter in der gemischten Kommission über die bisherigen Erfolge des Einigungswerks entgegen. Allseitig wurde anerkannt, daß sich die Behandlung der Arbeiter durch die Arbeitgeber und Vorgesetzten dem Friedensschluß erheblich gebessert habe. Sehr viel habe hierzu das vom Arbeitgeberbunde an die Vorgesetzten erlassene Rundschreiben beigetragen, das diese auffordert, alle kränkenden, die Einigung gefährdenden Neußerungen zu vermeiden. Besonders hervorzuheben sei die rasche Erledigung der meisten Streitfragen; die Befürchtung, daß durch die gemeinsame Kommission die Erledigung von Differenzen in die Länge gezogen würde, habe sich als unbegründet erwiesen. — Die Arbeiter-Maurer wählten in einer letzten stattgefundenen Versammlung eine Kommission von 5 Mann, welche beauftragt wurde, den Meistern folgende Forderungen zu unterbreiten: Eine Erhöhung des Lohnes pro Stunde um 3 Pfg., vom 1. Januar 1900 ab 10stündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Stundenlohn. Die Kommission wird beauftragt, die Lohnforderung bis zum 14. d. M. den Meistern zu unterbreiten.

besetzt. Seanezul hatte den Befehl, Blutvergießen möglichst zu vermeiden, aber es hätte dieser Meinung kaum bedurft, um den ebenso klugen als humanen Mann von jedem vorschnellen Angriffe abzuhalten. Er ließ die Kompanie auf etwa zweihundert Schritte Entfernung Halt machen, ritt eilig heran und verlangte den Richter zu sprechen.

„Mein Vater ist noch nicht zur Stelle“, erwiderte Frigto. „Aber was immer Du verlangst, so werden Dir nur unsere Flinten Antwort sagen.“

„Nun“, erwiderte der Hauptmann ruhig, „wenn Euch Euer Glück und Leben so wenig werth ist, so kann es mir recht sein. Da ich aber ein wenig älter und besonnenere bin, als Du, Gelbschnabel, so werde ich noch einige Minuten auf Deinen Vater warten.“ Sprach's, wendete sein Pferd und ritt zu seinen Leuten zurück.

Er hatte lange zu harren, aber nicht vergeblich. Denn wohl sammelten sich allmählich an der Barrikade fast alle Männer des Dorfes und sämtliche in streitbarer Stimmung, aber hinter ihnen her jammerten ihre Weiber und erlitterten es dem Pfarrer und dem Richter, durch warnende Reden die Kampfstimmung zu dämpfen. Mindestens, meinten sie, gebiete es die Vernunft, den Offizier doch vorher anzuhören. Und so traten endlich Simeon und sein Sohn, die drei Aeltesten und der Pfarrer den Weg zu den Soldaten an.

Der Hauptmann ritt ihnen entgegen. „Guten Morgen Herr Pfarrer! Guten Morgen, Leute!“ begann er mit freundlichem Lächeln. „Was treibt Ihr denn für Dummheiten? Schickt sich das für vernünftige Hausväter in einer ohnehin so bitteren Zeit?“

Dieser Ton, auf den sie wahrlich nicht gefaßt gewesen, verblüffte sie sehr. Endlich fragte der Richter: „Nun, was wünschst Du, Herr Hauptmann? Wenn Du gekommen bist, in Eurer Art Ordnung hier zu machen, so werden wir uns wehren. Der Acker bleibt jedenfalls uns oder —“

— Infolge des Formerstreiks haben bereits mehrere Verwalter Firmen die Arbeitszeit herabsetzen müssen, da es an Geld fehlt. Es scheint also, daß sich nicht genügend Arbeitswillige finden. — Wegen Lohn Differenzen legten am Freitag 23 Eisenbahnarbeiter, welche auf der Saalbahnstraße Jena-Oschwitz mit Verstärkung der Schienenunterlagen beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Bisher erhielten dieselben einen Tagelohn von sage und schreibe zwei Mark; als die Arbeiter mit der Witterung um Lohn-erhöhung vorstellig wurden, erhielten sie einen ablehnenden Bescheid, wobei ihnen bedeutet wurde, daß sie gehen könnten, wenn sie zu dem bisherigen Lohn nicht weiterarbeiten wollten. Das ließen sich dieselben nicht zweimal sagen. Einige Arbeiter haben sich schon jahrelang mit diesem karglichen Tagelohn durchgehungen; jetzt war ihnen auch dies nicht mehr möglich. Der Eisenbahnverwaltung wird es nicht leicht sein, andere Arbeiter zu diesem Lohnsatz zu erhalten, weshalb die Streikenden auf einen Erfolg ihres Vorgehens hoffen. — Freitag Vormittag sollten die Verhandlungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern der Wobbeindustrie in Stuttgart beginnen. Inzwischen hatte Stadtschultheiß Gauß von den Arbeitgebern die Mittheilung erhalten, daß diese nur in die Verhandlungen eintreten würden, falls die Arbeiter von vornherein auf die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit verzichteten. Da die Arbeiter natürlich keine Lust bezeugen, auf die Diskussion über eine Hauptforderung, die vornehmlich zum Ausstand geführt hat, zu verzichten, ist vorläufig wenig Aussicht auf eine Verständigung vorhanden. — Sammtliche Kupfer- und Zinn- und Silberstreifen.

**Das Straffkonto der deutschen Arbeiterbewegung** wurde im Monat Juni nach Aufzeichnung des Parteivorstandes mit insgesamt 3 Jahren, 3 Monaten und 2 Wochen Gefängniß und 1985 Mk. Geldstrafe belastet.

**Der Zustand der Former und Hüttenarbeiter** in Torgelow wurde durch folgende Vereinbarung beendet, welche vor dem Gewerbegericht für den Kreis Nieder- und Ober-Preußen als Einigungsamt zu Stande kam: 1. Innerhalb der Fabrikräume darf keinerlei Agitation betrieben werden, im Uebrigen aber werden sich die Arbeitgeber um die Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zu den verschiedenen Vereinen nicht weiter kümmern. 2. Die Bildung eines Arbeiterausschusses für jede Fabrik wird abgelehnt; dagegen versprechen die Arbeitgeber, in allen wichtigen Sachen die Vorstände der Betriebs-Krankenkassen anzuhören. 3. Durch Alfordzettel oder Alfordbücher soll bei Herausgabe der Modelle in jedem Falle der Alfordtag für die Arbeit festgestellt werden. 4. Bezüglich der Lohn Differenzen wurde im allgemeinen festgestellt: Der Lohn für diejenigen Maschinenformer, die bisher pro Kasten 4 Pfennig erhalten haben, soll zunächst um 1/4 Pfennig, später auf den Minimallohn von 5 Pfennigen erhöht werden. Nach bei Platten- und Handformern werden die bisherigen geringsten Lohnsätze, soweit die Firma B. L. Sauer in Frage kommt, um 5 Pfg. erhöht. 5. Die 10stündige Arbeitszeit wird nur für die Wintermonate, d. h. für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April, zugestanden. Während der Sommermonate beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden. Den Alfordarbeitern ist aber gestattet, die Fabrik nach Beendigung ihrer Tagesarbeit zu verlassen. Den Tagelohnarbeitern wird die 11. Stunde besonders bezahlt. 6. Nach erfolgter Abnahme von Gussstücken ist der Former für daran später vorgenommene Mängel nicht haftbar. 7. Die Arbeit wird spätestens am Montag den 10. d. M. in allen Fabriken wieder aufgenommen. Die Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten erfolgt nach Bedarf und werden in erster Linie Torgelower berücksichtigt. — Die Arbeiter haben diesem Vergleich ihre Zustimmung gegeben und beglückwünschten die Unternehmer, obwohl letztere anfänglich die Forderung ihrer Vertreter vereinbarten Bedingungen nicht anerkennen wollten. Montag den 10. Juli wurde die Arbeit in sämtlichen Betrieben wieder aufgenommen.

## Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(67. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Die Leute von Zulawce verfolgten dies natürlich nicht gerade mit Mißbilligung. Je vergeblicher sich die Anstrengungen der Truppen erwiesen, umso mehr wuchs ihnen die Zuversicht, im Genuße der erlangten Freiheit ungestört zu bleiben. Da brach plötzlich der Tag herein, an dem sie daran erinnert werden sollten, daß es kein Kinderspiel sei, sich vom „Herrn in Wien“ loszusagen.

Es war dies ein trüber, grauer Morgen, der Regen goß in endlosen Strömen vom Himmel nieder. Die durchweichte Straße lag verödet, auch auf den Wechern war weit und breit kein Mensch zu gewahren. Die beiden Wärsche, welche der Fleischer Wastilj als Wachtposten in das Mauthaus neben der Brücke postirt, blieben zwar dort, weil es im Stillen recht trocken und gemüthlich war, hatten sich aber behaglich auf ihr Strohlager gestreckt und schnarchten friedlich um die Wette. Da weckte sie plötzlich ein dröhnendes Hallen der Holzbrücke, eine Abtheilung Infanterie zog im Eilschritt über dieselbe, an ihrer Spitze ritt ein Offizier, die Wärsche erkannten ihn, es war Hauptmann Stanzul. Er schreckte stürzten sie aus dem Häuschen und rannten unter wildem Rufen, ihre Flinten zum Signal abfeuernd, die Dorfstraße empor. Die Soldaten hingegen vermochten die steile, vom Regen aufgeweichte Straße nur langsam emporzuklimmen, und so gewannen die Wärsche allmählich doch einen beträchtlichen Vorsprung.

Als der Hauptmann endlich in die Nähe der Schänke gelangt war, fand er die Straße bereits durch einige umgestürzte Wagen gesperrt; aus den nächsten Hütten wurden Heubündel herbeigeschleppt, und etwa fünfzig Männer hielten schon die Flinten in Anschlag, die improvisirte Barrikade

„Euer Acker kümmert mich nicht“, erwiderte der Offizier. „Auch darfst Du, was mich betrifft, noch einige Wochen Kaiser von Zulawce bleiben, mein guter Simeon. Ich habe bloß die Anisia Barabola sammt ihren Kindern zu verhaften und nach Kolomea zu schaffen.“

„Nimmermehr!“ schrie Frigto wüthend auf, und auch dem Papen stieg plötzlich die Röthe der Entrüstung in das Antlitz.

„Herr Hauptmann!“ rief er. „Das wäre ein Frevel. Ich bürgte mit meinem Leben dafür, daß das unglückliche Weib gar keinen Antheil an den Thaten ihres Mannes hat.“

Der wadere Offizier blickte zu Boden. Herr Pfarrer, sagte er halblaut, „der Soldat hat nicht zu fragen, sondern zu gehorchen.“

„Und die Kinder? Sind auch sie Freveler?“

„Ich muß gehorchen“, wiederholte Stanzul. „Und wenn Sie, Herr Pfarrer, dahin wirken, daß mir die Familie des Taras ohne Widerstand ausgeliefert wird, so werden Sie nur in dem Sinne Ihres heiligen Amtes handeln.“

Schweigend trat der Pope zurück, aber es wäre vergeblich gewesen, selbst wenn er dem Wunsche des Offiziers sofort mit Feuerzifer entsprochen hätte; denn die Bauern hatten ihren Entschluß gefaßt, der alte Simeon trat vor, schlug ein Kreuz und sagte dann laut und feierlich: „Herr! So lange Einer von uns sie noch schützen kann, bekommen Du diese Unglückliche und ihre Kinder nicht in Deine Gewalt. Es thut uns bitter leid um uns und unsere armen Weiber und Kinder, aber wir können nicht anders. Gottes Willkür würde uns hinwegraffen, wenn wir solchen Frevel gegen eine Wittwe und Waisen dulden oder gar fördern würden. Und nun — thue, was Du willst, wir thun, was wir müssen!“

Er wendete sich, zu gehen. „Richter“, sagte der Hauptmann fast bittend, „habe Erbarmen mit Deinem Dorfe, er-

## Aus Nah und Fern.

schwere mir meine Pflicht nicht. Bedenke, es fließt ohnehin genug Blut in diesen Tagen. Berathe Dich mit Deinen Leuten, ich warte noch eine Viertelstunde.“

Simcon schüttelte schweigend das Haupt und ging, die Anderen, auch der Pfarrer folgten ihm. Als sie die Barrikade erreicht und den Harrenden die Forderung mitgetheilt, erwiderte ihnen ein einmüthiger Ruf des Zornes und der Entrüstung. Nur der Jungknecht Halko stürzte ab, seine Herrin zu benachrichtigen, die anderen Alle blieben und riefen: „Wir dulden es absolut nicht!“ Auch die Weiber jammeten nicht mehr, und Vater Leo starrete stumm vor sich hin.

Hrizko übernahm den Befehl. Die beiden nächsten Hüften wurden besetzt, ebenso der Hügel, auf dem sich die Kirche erhebt. Die Männer vertheilten sich und suchten geschützte Stellen, da knieten sie hin, die Kinte in Anschlag. „Ihr laßt sie auf dreißig Schritte herankommen“, schrie Hrizko ein. „Ert wenn ich mit diesem Pfeischen hier das Signal gebe, schießen Alle und in demselben Athemzuge.“

Der Hauptmann hatte zwanzig Minuten geharrt. Dann stieg er schweren Herzens vom Pferde, zog den Säbel, stellte sich in die erste Reihe und kommandirte zum Sturm. Die Trommeln wirbelten, die Compagnie setzte sich im Pausschritt, mit gefülltem Bajonet, in Bewegung.

Die Bauern ließen sie, der erhaltenen Parole gemäß, näher herankommen, ohne einen Schuß zu thun. Als die Soldaten die Hütte des Wilko erreicht, hob Hrizko, der auf der Barrikade stand, langsam das Pfeischen zu dem Munde.

Da legte sich eine Hand auf seinen Arm und drückte denselben kräftig nieder. „Ihr werdet nicht schießen!“ sagte eine laute, gebieterische Stimme. „Ich dulde es nicht!“

Der Jüngling wich betreten zurück. Vor ihm stand das Weib des Taras, die kleine Tereska auf dem Arme, eine alte

**Aus der besten der Welten.** Aus Würzburg wird gemeldet:

„Die hochschwangere Mörbelschneiderin Barb. Bernhard stürzte von einem Renban in der Florastraße ab und erlitt schwere innere Verletzungen. Sie verstarb sofort nach ihrer Ueberführung im Spital.“

Dazu bemerkt treffend unser Münberger Vrederblatt:

Unsere herrliche, „gottgewollte“ Weltordnung, die sinnliche Organisation der Gesellschaft, die von den Ordnungsmännern allerorten gegen die bösen Sozialdemokraten verteidigt werden muß, zwingt die Frauen aus dem Hause heraus zu den gefährlichsten und am wenigsten zuträglichsten Arbeit. Jawohl, wir haben eine Bestimmung in unserer sozialen Gesetzgebung, die sich auf die Beschäftigung schwangerer Frauen bezieht. Aber was soll denn das arme Wesen machen, dem sich ein Spreßling unter dem Herzen regt? Will's nicht dem nagenden Hunger verfallen, dann muß es arbeiten und arbeiten, bis ihm die Knie im Wehen erzittern und seine schwere Stunde herannahet. Alles Gehirne und Gehabe der bürgerlichen Politiker, alles Gerebe der Geschorenen und Geschickelten wird in seiner ganzen Fäulnislichkeit offenbar an solchen schrecklichen Fällen: Ihr eigensüchtigen, herrschsüchtigen Männer, ihr, die ihr vorgebt, die Weltordnung zu verteidigen, während euch nur am euerem eigenen Profit, an eurer eigenen Machtstellung liegt — was habt ihr gethan, um solche schändliche Zustände vom Grund aus zu bessern? Nichts!

**Fakirunstücke.** Zu seinen Büchern, die er über Indien geschrieben hat, kommt Jacolliot öfter auf die merkwürdigen Kunststücke zu sprechen, die er von indischen Fakiren hat ausführen sehen, wie sie behaupteten, mit Hilfe der „Pitris“, der Geister von Abgeschiedenen. Die Fakire — erzählte er — sind die geschicktesten Zauberer der Welt. — Ich muß ihnen eine außerordentliche Kraft zuer-

**Literarisches.**

**Der Neue Weltkalender für das Jahr 1900**  
(Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
Mier u. Co.) ist soeben erschienen. Geschmackvoll ausge-  
stattet wie immer, schließt er sich seinen Vorgängern würdig  
an. Er enthält u. A.: Kalendarium. — Postwesen.  
Statistisches: Die Reichstagswahlen 1898. — Musikltd. —  
Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres.  
Meister Wolfram und seine Söhne. Erzählung von Robert  
Schweichel (mit Illustrationen). — Aus der Jugendzeit.  
Von W. Liebknecht. — Die Entwicklung des Kalenders.  
Von Dr. V. Vorchardt. — Aus fernen Jahren. Gedicht  
von Fr. Diederich. — Der die Barmherzigkeit an ihm that.  
Von C. H. Diefenbach (mit Illustrationen). — Der dumme  
Christian. Von Borge Janssen. — Die sibirische Eisenbahn  
(mit Illustrationen). — Auch einer! Gedicht von Ludw.  
Lefsen. — Jakob Andorf (mit Portrait). — Hausmittel.  
Von Dr. Ernst Schneider. — Das Reich des Mahdi. Von  
Max Schippel (mit Illustrationen). — Die Erringung der  
Koalitionsfreiheit in England. Von Hugo Boehsch. — Mit-  
tag auf westfälischer Heide. Gedicht. — Paul Grottkau (mit  
Portrait). — Das Recht. Gedicht von Ernst Brezgang.  
Die zehn rothen Thaler. Von Emil Mosonow. — Fliegende  
Blätter. — Für unsere Räthsellöser. — Auflösungen der  
Räthsel. — Trächtigkeits- und Brütetalender. — Hierzu  
vier Kupfer: Heimkehr vom Felde. — Die Schmiede.  
Kleine Poststation in Thüringen. — Fingerhakeln. — Ein  
Bild auf Kunstdruckpapier: „Gieb Ruh!“ — Ein Wand-  
kalender. — Der Preis des Kalenders beträgt 40 Pf.